

Absender:

**CDU-Fraktion, BIBS-Fraktion und Herr
Zimmer (FDP) im Stadtbezirk 112**

22-18926
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Geplanter bordellartiger Betrieb an der Berliner Straße

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

01.06.2022

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (zur
Beantwortung)

16.06.2022

Status

Ö

Sachverhalt:

Das OVG Lüneburg prüft die neue Sperrbezirksverordnung der Polizeidirektion Braunschweig. Zwei Normenkontrollanträge liegen vor.

Hierzu folgende Fragen:

1. Wurde der Widerspruch gegen die abgelehnte Baugenehmigung für einen geplanten bordellartigen Betrieb an der Berliner Straße vor der Kommunalwahl 2021 eingelegt?
2. Falls Frage 1 mit „Ja“ beantwortet wird, warum wurden die Anwohner und der Bezirksrat nicht zeitnah informiert?
3. Wird die Verwaltung ihre Beiladung zum Prozess beantragen?

Gez

Tatjana Jenzen
BIBS-Fraktion

Thorsten Wendt
CDU-Fraktion

Tobias Zimmer
FDP

Anlage/n:

Keine